



Sozialdemokratische Partei
Kanton Uri



Interpellation

Die Situation ehemaliger Heim- und Pflegekinder ernst nehmen und verbessern

Frau Präsidentin
geschätzte Damen und Herren

Werden Heim- und Pflegekinder erwachsen, stehen sie vor einer Reihe von Herausforderungen: selbständiges Wohnen, Übernahme administrativer Aufgaben, Abschliessen der Ausbildung und noch vieles mehr. Die Situation der sogenannten Careleaver:innen ist unbefriedigend, da ihnen bei der Bewältigung dieser Herausforderungen immer noch viel zu oft Steine in den Weg gelegt werden.

Die meisten Heim- und Pflegekinder haben keine stabilen Beziehungen in ihren Herkunftsfamilien. Viele sind nach Austritt aus dem Heim oder der Pflegefamilie auf sich allein gestellt.

Es ist wichtig, dass diese jungen Menschen frühzeitig und besonders während des Übergangs zur Volljährigkeit Unterstützung erhalten, um sich zurechtzufinden.

Die Betroffenenorganisation "Careleaver Schweiz" macht auf die Missstände aufmerksam und will mit ihrem Fachwissen an konstruktiven und neuen Lösungen mitarbeiten. Dazu brauchen sie Unterstützung auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene, da es auf allen diesen Stufen Gesetzeslücken zu schliessen gibt.

Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren SODK und die Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz KOKES veröffentlichten im Oktober 2020 zahlreiche Empfehlungen zur ausserfamiliären Unterbringung. Betreffend der Verhältnisse von Careleaver:innen und zum aktuellen Stand der Umsetzung dieser Empfehlungen bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat der Regierungsrat Kenntnis von den Empfehlungen der SODK/KOKES?
2. Wird die Pflegekinderzufriedenheit im Rahmen der Aufsicht oder nach Abschluss der Hilfe eruiert und besteht eine Statistik?

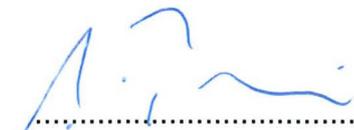
3. Haben Pflegekinder auch über die Volljährigkeit hinaus Anspruch auf Unterstützung z.B. bei Krisen, bei finanziellen Engpässen oder in der alltäglichen Lebensführung. Beispielsweise in Form von einer Begleit- oder Vertretungsbeistandschaft?
4. Wie stellt der Kanton sicher, dass Artikel 12 (Partizipation) der UN-Kinderrechtskonvention UNKRK umgesetzt wird?
5. Wer sorgt dafür, dass Heim- und Pflegekinder über ihre Rechte aufgeklärt werden?
6. Wie wird sichergestellt, dass bestehende und funktionierende Platzierungen aufgrund unklarer Finanzierungszuständigkeit (bspw. bei einem Kantonswechsel der sorgeberechtigten Personen) nicht gefährdet werden?
7. Wie wird sichergestellt, dass ehemals ausserfamiliär platzierte Kinder- und Jugendliche als Erwachsene nicht für die Kosten haftbar gemacht werden, die im Rahmen der Platzierung entstanden sind?

Zusammen mit der Zweitunterzeichnerin Chiara Gisler danke ich dem Regierungsrat im Voraus für die Beantwortung der Fragen.

Altdorf, 27. April 2022

Erstunterzeichner
Adriano Prandi

Zweitunterzeichnerin
Chiara Gisler



.....
Unterschrift



.....
Unterschrift